



POLITIK AKTUELL

Dokumentation /

Positionen zur Fachtagung

Migration und Integration in Rheinland-Pfalz

Arbeitsmarkt, Medienbilder und kulturelle Vielfalt

10. November 2006

Kurfürstliches Schloß, Mainz

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

INHALT

Editorial

Programmablauf

Impulsreferate

Prof. em. Dr. Dr. h. c. Dieter Oberndörfer

Migration und Integration in Deutschland – worüber reden wir eigentlich?

Staatssekretär Dr. Richard Auernheimer

Migration und Integration in Rheinland-Pfalz

Diskussion

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Migration als Problemfall - Wie die Massenmedien zur Ethnisierung sozialer Konflikte beitragen

Mely Kiyak

Statement zur Podiumsdiskussion „Medien und Integration“

Pili Madariaga

Statement zum Panel „Politik im Gespräch mit Sport und Kunst“

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun

Migration und Medien

Dr. Christa Müller

Interkulturelle Gärten: Eine neue soziale Bewegung

Vorstellung der Integrationsprojekte der Info-Börse

Liste der Aussteller

Liste der Referentinnen und Referenten

Impressum

Editorial

Deutschland ist ein Einwanderungsland! Bereits heute leben ungefähr 15 Millionen Menschen in Deutschland, die einen Migrationshintergrund haben. Vertreter/Innen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft weisen wiederholt auf die Notwendigkeit weiterer Zuwanderung hin, um die Folgen des tiefgreifenden demographischen Veränderungsprozesses abzumildern, in dem sich unser Land bereits befindet. Zuwanderung soll dazu beitragen, das Schrumpfen und die Alterung der Gesellschaft abzubremsen sowie – durch den Zuzug von Migranten/Innen im arbeitsfähigen Alter – Impulse für die Wirtschaft zu setzen. Diese Debatte ist oftmals auf eine soziodemographische oder ökonomische Perspektive verengt und verliert daher oft genug die schwierigen Rahmenbedingungen aus dem Blickfeld, denen Migranten/Innen in ihrem Alltag in Deutschland ausgesetzt sind: Gerade 2006 weist die aktuelle PISA-Studie darauf hin, dass Kinder mit Migrationshintergrund deutlich schlechtere Chancen haben, einen guten Schulabschluss zu machen, was in der Konsequenz Folgen für die Erfolgchancen in Ausbildung und Beruf hat. Ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko, schlechtere Gesundheitsversorgung sowie ungünstigere Wohnbedingungen sind weitere Probleme, mit denen viele Migranten/Innen in ihrem Alltag konfrontiert sind.

Im Rahmen der Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung kamen Vertreter/Innen aus Politik, Kunst, Wissenschaft, Sport und Kultur miteinander ins Gespräch und diskutierten u.a. die Situation von Migranten/Innen auf dem Arbeitsmarkt, das Thema „Integration“ in den Medien sowie die Verankerung kultureller Vielfalt in Sport und Kunst. Die Veranstaltung hatte sich darüber hinaus das Ziel gesetzt, Projekte und Möglichkeiten vorzustellen, im Rahmen derer Menschen für einen konstruktiven und kreativen Umgang mit dem Thema Migration und Integration sensibilisiert werden können. So wurde das Tagungsprogramm durch eine Informationsbörse abgerundet, auf der zahlreiche Initiativen, Vereine und Organisationen ihre vielfältigen Projekte zum Thema „Integration“ vorstellen und ihre Arbeit einer breiten und interessierten Öffentlichkeit präsentieren konnten.

Diese Dokumentation gibt die präsentierten Impulsreferate sowie eine Reihe von Statements beteiligter Diskutanten wieder. Bei diesen Beiträgen handelt es sich nicht um wörtlich protokollierte Mitschriften, sondern um Texte, die von den Beteiligten nachträglich zur Verfügung gestellt wurden. Die Dokumentation wird abgerundet durch

eine kurze Selbstdarstellung der Organisationen bzw. Projekte, die im Rahmen der Informationsbörse vorgestellt wurden.

Diese Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentrierte sich auf einige zentrale Perspektiven, aus denen heraus das Thema ‚Migration‘ und ‚Integration‘ diskutiert werden kann. Wir hoffen, dass wir allen Gästen und beteiligten Organisationen ein Forum bieten konnten, um miteinander ins Gespräch zu kommen und über die Veranstaltung hinaus wirkende Anregungen geben konnten.

Stephanie Hepper
Gunnar Will
Friedrich-Ebert-Stiftung

Impulsreferate

Staatssekretär Dr. Richard Auernheimer

Migration und Integration in Rheinland-Pfalz

Im Folgenden ist eine Rede von Herrn Dr. Auernheimer abgedruckt, die er anlässlich der 15. Sitzung der „Rheinland-pfälzischen Initiative für Integration“ (RIFI) am 18.09.2006 gehalten hat. Der Text gibt die wesentlichen Punkte des Vortrags von Herrn Dr. Auernheimer zur Eröffnung der Fachtagung am 10. November wieder.

Die Landesregierung hat in der ersten Kabinettsitzung die Änderung der Organisation der Aufgaben beschlossen mit Blick auf die Zusammenführung der Aufgaben, die im Lande bisher bei verschiedenen Ressorts angesiedelt waren. Das trifft besonders zu für Aufgaben des Innenministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur. Dies ist dann in der Folge geschehen. Außerdem soll zeitgleich auch eine Verbindung hergestellt werden zu dem Schwerpunkt, der besonders aussagekräftig ist hinsichtlich der Fragen Migration und Integration und der eben beim Familienministerium vermutet wird. Dass wir in vielen Sachverhalten eigentlich das zentrale Ministerium sind für Gestaltungsfragen des Lebens, ist unbestritten. Wir haben damit allerdings nicht die Zuständigkeit für die Fragen übernommen, die ausdrücklich auch in der Zukunft getrennt behandelt werden müssen. Das sind teilweise die rechtlichen Fragen des Ausländerrechts, die beim Innenministerium geblieben sind, oder auch Fragen der Bildung. Diese Fragen können wir nicht von den dafür zuständigen Ministerien trennen. Auch dort gibt es eine zukünftige Überschneidung von Zuständigkeiten, aber die Verschlankung solcher Zuständigkeiten soll ein Ziel sein.

Wir wollen mit dieser Zusammenführung einige Aufgaben in der Landesregierung und auch mit dieser neuen Darstellung des Arbeitsbereiches, den Frau Weber bisher bei der Staatskanzlei geleitet hat, eine Verstärkung erreichen, eine Verbindung zu vielen Themen, die auch sonst operativ behandelt werden müssen und gleichzeitig eben auch damit die Gewissheit haben, dass wir in vielen Fragen gemeinsame Arbeitsprogramme entwickeln können. Ein erster wichtiger Schritt wird sein, ausgehend natürlich auch von den Ereignissen, die in Berlin durch eine besondere hervorgehobene Tagung zur

Integration von Personen mit Migrationshintergrund (Integrationsgipfel) stattfanden, dass wir auch ein Integrationskonzept Rheinland-Pfalz entwickeln werden. Nach unserer Vorstellung wird dieses Integrationskonzept auf Ihrer Arbeit aufbauen. Es wird auch die Ergebnisse, die Sie dieses Jahr in den Beschlüssen festgehalten und in Empfehlungsvorschlägen formuliert haben, aufnehmen. Ich denke, dass man diese Vorschläge zusammenführt und mindestens als Anlage zum Integrationskonzept -auch historisch gesehen- dokumentiert und aufnimmt. Vieles von dem, was Sie erarbeitet haben, ist Grundlage dafür, was in der Zukunft weiter geführt werden muss und in der Kontinuität dieses Auftrages soll auch diese Arbeit stehen. Wir wollen dies auch politisch durch einen Beirat für Migration und Integration unterlegen und damit alle Möglichkeiten nutzen. Das wird sich zwar nicht sehr weit von dem unterscheiden, was Sie bisher als Arbeitskreis gemacht haben, aber dennoch sollte diese Funktion des Beirates auch noch mal deutlicher die Rolle hervorheben, dass Sie die Landesregierung beraten und dass Sie in dieser Funktion eben auch eine zentrale Bedeutung gewinnen. Man wird sich sicher in der Zusammensetzung des Beirates lenken lassen von den Erfahrungen, die bisher gemacht worden sind und die gut sind und die auch die Vielfalt der Zusammensetzung in diesem Arbeitskreis darstellen. Wir brauchen diese Vielfalt, auch um zukünftig die Aufgaben so aktuell behandeln zu können, wie Sie es bisher auch getan haben.

Wir werden dazu in den nächsten Wochen Vorschläge vorlegen, um gemeinsam mit Ihnen diesen Übergang vom Arbeitskreis zum Beirat für Migration und Integration gestalten zu können. Ich gehe davon aus, dass wir Sie persönlich Anfang des Jahres 2007 zur nächsten Sitzung einladen werden, wahrscheinlich fast in der gleichen Reihenfolge der Termine, nur dann eben als Sitzung zu einer Beiratssitzung.

Infolge der Landesregierungs-Entscheidung wurde Frau Weber als Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration mit ihrer Stabsstelle, die drei Referate zählt, beim MASFG angesiedelt. Sie ist direkt dem Staatssekretär zugeordnet. Wir werden eine zwar nicht sehr große, aber doch, glaube ich, noch einmal sehr wichtige personelle Verstärkung vornehmen. Wir wollen aber auch die Aufgaben, die wir übernommen haben, gemeinsam mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion weiterführen. Wir werden gerade in bestehende Strukturen mit hineingehen und besonders in den Teil, der für uns als Aufgabe neu ansteht hinsichtlich der Förderung der Weiterbildung von Personen mit Migrationshintergrund, auch deutlicher aufnehmen. Wir wollen diese umfassende Sicht der Dinge auch in den Alltag einführen.

Wir werden besonders stark in der Zukunft auch die Bezüge aufnehmen, die sowohl im Haus wie über das Haus hinaus bestehen können zwischen den Aufgaben der Migration und Integration und anderen Aufgaben der Landesregierung. Wenn Sie zum Beispiel an die Bezüge denken, auch an Themen, die bei uns im Hause schon immer behandelt worden sind, Themen der Pflege, Themen der Gesundheitsvorsorge, Themen natürlich auch der Entwicklung und Gestaltung des Lebens für Familien, Themen der Sorge um Kinder oder die Armut. Viele dieser Themen, die ja in den Empfehlungen aufgenommen worden sind, werden Themen sein, die wir zum Teil im Haus direkt miteinander verbinden, aber auch in der Zusammenarbeit mit den anderen dafür zuständigen Ressorts.

Soweit die inhaltlichen Perspektiven. Ich darf ausdrücklich feststellen, dass wir darauf setzen, damit eine sehr wichtige Aufgabe zu gestalten. Sie wird aber auch, glaube ich, in der Zukunft nicht geringer, im Gegenteil. Die deutliche Bezeichnung des Amtes mit den Begriffen Migration und Integration öffnet diese Aufgabe in neue Zielgruppen hinein, die zusätzlich zu dem bisherigen Begriff der Ausländerbeauftragten ausdrücklich angezielt werden. Sie waren bisher auch schon im Blickfeld.

Aber dennoch, glaube ich, ist es wichtig, diese Gesamtheit der Aspekte zu sehen. Wir werden auch einige bisherige Strukturen in diese Richtung entwickeln, das gilt zum Beispiel für das bisherige Gebiet der Ausländersozialberatungsstellen, die bei uns aus der ehemaligen Beratung der Migranten, der Arbeitsmigranten/Innen, entstanden ist und wir werden auch dort Möglichkeiten zusammenführen.

Wir haben insgesamt eine kleine Verstärkung der Haushaltsansätze vorgenommen, um diesem Gebiet auch die Chance einräumen zu können, tendenziell noch etwas mehr zu machen. Und wir haben insofern die Ressourcen des Landes zusammengeführt und können auch sagen, wir haben in dieser Umorganisation nicht etwa eine Gelegenheit gesehen, um Einsparungen vorzunehmen auf dem Gebiet, das diese Einsparungen nicht aushält. Wir wollen mit Ihnen sehr eng und direkt zusammenarbeiten und werden dies durch Frau Weber, als die Vertreterin dieses Arbeitsbereiches, fortlaufend umsetzen.

Prof. em. Dr. Dr. h. c. Dieter Oberndörfer

Migration und Integration in Deutschland – worüber reden wir eigentlich?

Meine Damen und Herren,

Deutschland sei ein Einwanderungsland geworden – so hieß es nach Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes. In Einwanderungsländern wird Zuwanderern das Recht auf dauerhaften Verbleib, auf Einwanderung eingeräumt und Einwanderung als Gewinn für die Nation positiv bewertet. Beides, den dauerhaften Verbleib von Zuwanderern und die Bewertung dauerhafter Zuwanderung als Gewinn der Nation gibt es in Deutschland nur wenig. Das dominante Prinzip der Zuwanderung nach Deutschland lautete seit ihren Anfängen im letzten Jahrhundert bis heute: Zuwanderung ja, aber nicht auf Dauer. Auch nach dem Zuwanderungsgesetz wird an diesem Prinzip festgehalten. Deutschlands Bevölkerung wird vorerst vor weiterer zahlenmäßig signifikanter Einwanderung geschützt bleiben.

So hat das Zuwanderungsgesetz – es heißt Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz – die Einwanderung nach Deutschland im Wesentlichen auf einen sehr kleinen Kreis sog. hoch qualifizierter Personen beschränkt (Unternehmer, Wissenschaftler). Im Rahmen dieser Rubrik durften im letzten Jahr ganze 900 Personen nach Deutschland einwandern und erhielten einen sicheren Daueraufenthalt. Im Vergleich mit klassischen Einwanderungsländern oder auch mit Großbritannien und anderen Staaten Europas ist diese Zahl im Hinblick auf die Bevölkerungszahl Deutschlands von 82 Millionen und den Bedarf an Fachkräften in verschiedenen Sektoren der deutschen Wirtschaft grotesk gering. Charakteristisch für die im Zuwanderungsgesetz enthaltene Abwehr gegen Einwanderung sind die Bestimmungen für den Verbleib ausländischer Studenten in Deutschland, also einer Gruppe sprachlich gut integrierter und beruflich qualifizierter potentieller Einwanderer. Ausländische Studenten dürfen sich nach Abschluss ihres Examens noch ein Jahr in Deutschland aufhalten, um eine Anstellung im Bereich ihres Studienfaches zu suchen. Gelingt ihnen dies, gilt jedoch die sog. Vorrangprüfung. Findet sich ein deutscher Bewerber oder ein Bewerber aus der EU, haben sie den Vorrang. Der künftige Nobelpreisträger hat dann das Nachsehen möglicherweise zu Gunsten des Klassenletzten. Im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe bleibt dann dem Klassenbesten immer noch die Chance, in die USA, Kanada oder Australien auswandern zu können.

Von den Sonderfällen der Aussiedler, der jüdischen Kontingentflüchtlinge und des

Familiennachzugs abgesehen, gilt heute für Deutschland auch weiterhin das Gastarbeitermodell, also keine Einwanderung, sondern nur vorübergehende zeitlich begrenzte Zuwanderung. So haben gerade auch geduldete Flüchtlinge hohe und oft unüberwindliche Hürden zu überwinden, um in den Genuss eines humanen und gegen Abschiebung sicheren Aufenthaltsstatus zu gelangen.

Das Gastarbeitermodell wird trotz aller Klagen über die Defizite auf dem deutschen Arbeitsmarkt auch weiterhin in der Gestalt von Ausnahmeverordnungen oder Werkverträgen praktiziert. So wurden allein im Jahr 2004 250.000 befristete Arbeitserlaubnisse gewährt. Zugleich kamen 45.000 Arbeiter von Subunternehmern über Werkverträge nach Deutschland. Trotz des zunehmenden mit deutschen Arbeitnehmern nicht zu deckenden Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften fanden auch in jüngster Zeit Forderungen der Wirtschaft nach Liberalisierung der Einwanderung Hochqualifizierter in der Politik Berlins eine unverändert negative Resonanz. So musste beispielsweise der Arbeitskräftebedarf der Werften Mecklenburg-Vorpommerns durch Zeitverträge mit Fachkräften der Werften im polnischen Stettin gedeckt werden. Von Innenminister Wolfgang Schäuble wurde jüngst ein Plan für die zeitlich begrenzte Zuwanderung von Hochqualifizierten aus armen Drittweltländern vorgelegt. Wenn dieser Vorschlag verwirklicht werden sollte, wird durch ihn im Rahmen der weltweiten Konkurrenz um qualifizierte Einwanderer nur die zweite Wahl gewonnen werden. Zugleich sind mit diesem neuerlichen Gastarbeitermodell die menschlichen Tragödien und Defizite der früheren Gastarbeiterpolitik vorprogrammiert. Nach allen internationalen Erfahrungen mit Gastarbeiterprogrammen werden es viele schaffen zu bleiben, obwohl sie als bloße Zaungäste ihres Aufnahmelandes nur wenige Anreize hatten, sich in dessen Gesellschaft zu integrieren.

Ich komme damit zur heutigen Integrationsdebatte Deutschlands. Ihren Hintergrund bildet die von mir geschilderte Absage an Einwanderung. Statt weiterer Einwanderung sollen die bisher nach Deutschland zugewanderten Ausländer integriert werden. Aber was bedeutet dabei die geforderte Integration der Zuwanderer?

Mit Integration wird zunächst die Bewältigung sozialer Probleme versucht, die es auch in der endogenen deutschen Bevölkerung gibt. Hohe Arbeitslosigkeit, mangelhafte schulische Erfolge, unzureichende Beherrschung der deutschen Sprache oder die Benachteiligung von Frauen werden jedoch bei Deutschen nicht als Symptome ihrer mangelnden Integration, sondern als soziale Probleme und Aufgaben der Sozialpolitik

wahrgenommen. Deutsche Arbeitslose oder Schulabbrecher werden nicht als unzureichend integrierte Deutsche bezeichnet und gerügt. Bei Ausländern ist das anders. Von vielen Lehrmeistern der Integration werden soziale Defizite der Zuwanderer als ein Beweis schuldhaft fehlender Bereitschaft zur Integration in die deutsche Gesellschaft angesehen. Dabei wird nicht differenziert. Es ist die Rede von „den“ Ausländern. Unterschiede zwischen den zugewanderten Ethnien, ihrer sozialen Lage, ihres Sozialverhaltens, ihres Bildungsstandards, ihrer Leistungen und ihrer ökonomischen Erfolge kommen nicht in den Blick. Es wird auch nicht gesehen, dass die Vergleiche mit den Durchschnittswerten der endogenen deutschen Gesellschaft nur einen begrenzten Aussagewert haben und diskriminierend wirken müssen. So schneiden auch bei den Deutschen Jugendliche aus sozial benachteiligten deutschen Schichten schlechter ab als Kinder aus deutschen Mittel- und Oberschichten. Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit findet sich auch unter deutschen Arbeitern in den neuen Bundesländern und den Regionen der alten von Automatisierung besonders betroffenen Industrien. Sie ist keine Charaktereigenschaft. Wie die zuvor genannten sozialen Defizite sollte sie als soziales Problem und als Aufgabe der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik wahrgenommen und nicht unter der plakativen, die Zuwanderer diskriminierenden Begrifflichkeit „Integration“ erörtert und angegangen werden.

Integration wäre dann das Bemühen um eine den speziellen Lebenslagen und sozialen Problemen der verschiedenen Zuwanderergruppen angemessene subsidiäre Sozialpolitik. Es ginge bei ihr um die Minimierung potentieller sozialer, kultureller und politischer Konflikte der Zuwanderung, um Konfliktverarbeitung aus prinzipiellen oder pragmatischen Gründen. Prinzipielle Gründe sind Gerechtigkeitspostulate, pragmatische Gründe die Verringerung der hohen Kosten sozialer Konflikte. In der Debatte über Zuwanderung steht Integration jedoch nicht nur – was ich für sinnvoll hielte – für Sozialpolitik. Integration wird in ihr vielmehr verbunden mit emotional und normativ hoch aufgeladenen Postulaten für angeblich wünschenswerte Formen der Aufnahme der Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft. Integration in Politik und Gesellschaft wird nicht als eine von allen immer neu zu bewältigende lebenslange Aufgabe gesehen. Integration wird vielmehr für Zuwanderer als wirklichkeitsfernes Programm definiert, das erfolgreich abgeschlossen werden kann und die Voraussetzung für die staatsbürgerliche Integration, für die Einbürgerung der Zuwanderer bildet.

Gewünscht wird dabei von vielen, so jetzt auch sogar von normativ unreflektierter Sozialwissenschaft, dass die Zuwanderer sich assimilieren und möglichst unsichtbar werden sollen. Solche Wünsche wecken Erwartungen, die auch in klassischen Einwanderungsländern – wenn überhaupt – meist nur innerhalb mehrerer Generationen erfüllt wurden. Als kurzfristige Perspektiven und Postulate für Integration in Gestalt der Assimilierung in die einheimische Mehrheit verstärken sie aber zwangsläufig negative Einstellungen zu Zuwanderern.

Forderungen nach Integration der Zuwanderer durch Assimilierung setzen u.a. voraus, dass wir eine Messlatte für gelungene Assimilierung, für gelungene Integration besitzen. Eine solche Messlatte wäre der integrierte Deutsche. Aber, was ist ein integrierter Deutscher? Sind Süd-, Nord- oder Ostdeutsche, Katholiken, Protestanten, säkularisierte und kirchlich-konfessionell nicht gebundene Bürger, zum Islam oder Buddhismus konvertierte Deutsche, Akademiker oder Bauern, Mitglieder der SPD oder der CSU jeweils das Modell für den integrierten Deutschen? Die Frage nach dem gut integrierten Deutschen und damit nach dem Messwert für Integration ist im Hinblick auf unsere sich in ihren kulturellen Lebensformen und Stilen ständig weiter pluralisierende Gesellschaft nicht zu beantworten. Ihre verbindliche Beantwortung stünde zudem im Gegensatz zu dem weiten Spielraum individueller kultureller Lebensformen und der Selbstbestimmung, die die Verfassung freiheitlicher Demokratien – so auch das Grundgesetz – ihren Bürgern gewährt. Die Freiheit des Kultus, die Freiheit der Weltanschauung und des religiösen Bekenntnisses sind das Fundament des demokratischen Verfassungsstaates. Was die deutsche Kultur für die Bürger bedeutet und wie sie von ihnen definiert wird, dürfen sie daher individuell entscheiden. Auch Deutsche dürfen sich ursprünglich fremden Religionen und Kulturen zuwenden und diese Freiheit liegt im wohlverstandenen langfristigen Eigeninteresse der christlich gebundenen Bevölkerung – des Schutzes der Freiheit ihres eigenen religiösen Bekenntnisses gegen Bevormundung durch den Staat oder gesellschaftliche Gruppen.

Aber gibt es nicht doch eine spezifisch deutsche Leitkultur, in die sich die Zuwanderer einzufügen haben, bevor sie deutsche Staatsbürger werden dürfen? Wer bestimmt in der Suche nach der Leitkultur die richtige verbindliche und konkrete Interpretation christlicher oder humanistischer Werte? Wer bestimmt die verbindlichen richtigen Inhalte und Konsequenzen der von ihren Propagandisten immer nur selektiv zurecht konstruierten Leitkultur? Es gibt dafür im demokratischen Verfassungsstaat keine verbindliche Instanz.

Innerhalb der durch die Rechtsprechung und das Grundgesetz bestimmten Grenzen haben die Bürger Deutschlands das Recht auf eigene kulturelle Selbstbestimmung. Die Kultur Deutschlands ist die Kultur seiner Bürger. Diese Kultur ist nichts Statisches, sie wandelt und pluralisiert sich. Einzelne, Minderheiten oder Mehrheiten dürfen sich zu ihren eigenen kulturellen Werten bekennen und für sie werben. Die Verbindlichkeit dieser Werte für die Gesamtheit aber darf im demokratischen Verfassungsstaat nicht vom Staat und seinen Organen eingefordert und erzwungen werden. Kulturelle Freiheit muss allen Bürgern – ohne Ansehen ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung – gewährt werden. Dies gilt auch für Zuwanderer fremder Herkunft. Nur so können sie sich in unseren Staat integrieren und Patrioten werden. Die Grenzen der kulturellen Wahl sind dabei für Einwanderer die gleichen wie für alle Bürger. Sie werden, wie schon erwähnt, durch die Rechtsprechung und die Verfassung bestimmt. Auftretende kulturelle Konflikte, die es in allen Gesellschaften und gerade auch in scheinbar kulturell homogenen Gesellschaften immer wieder gegeben hat – so z.B. in den Religionskriegen Europas – müssen im Rahmen der Rechtsordnung und der politischen Regeln des republikanischen Verfassungsstaates aufgearbeitet werden. Dies kann mit schweren politisch-kulturellen Konflikten verbunden sein. Ihre friedliche konsensuelle Aufarbeitung durch Konsens wird nicht immer und oft nur partiell gelingen. Der Erfolg sozialer und politischer Integration in demokratischen Verfassungsstaaten ist nichts Zwangsläufiges. Der demokratische Verfassungsstaat wächst oder verkümmert je nach den Erfolgen oder Misserfolgen der eigenen Konkretisierung. Er bleibt stets nur ein annäherungsweise erfüllbares Programm. Wenn es ihm gelingt, in freier Selbstbestimmung eine halbwegs friedliche Koexistenz und Kooperation von Menschen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Orientierung zu ermöglichen, ist fast schon das Beste erreicht, was man von einer politischen Ordnung erhoffen kann.

Integration der Migranten ohne Akzeptanz kultureller Verschiedenartigkeit durch die Mehrheit ist nicht möglich. Wer von Einwanderern die Übernahme der Provinzkulturen ihres Aufnahmelandes verlangt und dies als Eingliederung, als Integration bezeichnet, verhindert Integration. Migranten aus Indien oder China können gute gesetzestreue Bürger werden, aber niemals zu katholischen bayerischen Bauern oder schwäbischen Pietisten mutieren. In Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es, dass niemand wegen seiner Abstammung, seiner Heimat und seines Glaubens bevorzugt oder benachteiligt werden

darf. Protagonisten der Leitkultur und forcierter Integration in der Gestalt von Assimilation haben angeführt, das Grundgesetz sei ihre Messlatte. Es wäre konsequent, wenn dieses Bekenntnis auch für Migranten Geltung hätte.

Letztlich äußert sich in der deutschen Debatte über Leitkultur und in der Blockade von Einwanderung die immer noch geringe Akzeptanz des kulturellen Pluralismus des demokratischen Verfassungsstaates. Diese geringe Akzeptanz sozialen und kulturellen Pluralismus manifestiert sich auch in der Polemik gegen die Entstehung so genannter Parallelgesellschaften durch Zuwanderung. Eine bunte und eher zunehmende Vielfalt von oft wenig miteinander verbundenen Parallelgesellschaften oder Lebenswelten ist gerade für moderne Gesellschaften charakteristisch. Sie gab es im Übrigen auch in den angeblich homogenen Gesellschaften Europas der Vergangenheit. Arbeiter, Bauern, Handwerker, Wissenschaftler, Protestanten oder Katholiken, um nur einige ihrer Parallelgesellschaften zu nennen, hatten parallel zu den anderen Gruppen der Gesellschaft ihre jeweils eigenen Lebenswelten. Noch bis in die sechziger Jahre waren Ehen zwischen Protestanten und Katholiken eine seltene, von den Kirchen mit Sanktionen bekämpfte Ausnahme.

Die Bürger freier Gesellschaften haben das Recht, sich ihre eigene Lebenswelt zu suchen und sich dabei auch von anderen Lebenswelten zu disassoziiieren. Dissoziation kann eine legitime Technik der Konfliktprävention sein. Es müssen nicht alle Menschen miteinander Händchen halten.

Auch für Einwanderer gilt das Grundrecht auf Freiheit der Bewegung. Dies bedeutet, dass Einwanderer in bestimmten Regionen oder Stadtvierteln mit Einwanderern der gleichen Herkunft zusammenleben dürfen, aber auch frei sein sollten, solche Zentren zu verlassen und sich anderen Bevölkerungsgruppen anzuschließen. Städtische Agglomerationen eingewanderter Ethnien wie z.B. der Türken werden in Deutschland immer wieder nur als Beispiele für mangelnde oder gescheiterte Integration oder sogar als Gefährdung der nationalen Identität Deutschlands gesehen. In den Vereinigten Staaten, Australien, Kanada oder Lateinamerika wird die Konzentration eingewanderter Ethnien in bestimmten Stadtvierteln oder ländlichen Siedlungen als normaler Aspekt von Einwanderung akzeptiert. Gemeinsames Wohnen bietet Zuwanderern der ersten Generation Möglichkeiten des Eingewöhnens, des Solidarschutzes und der Beratung

durch Verwandte oder Bekannte. Es führt nicht zwangsläufig zur Ghettobildung, zum Zusammenleben in abgeschotteten Subkulturen mit zum Teil hoher Kriminalität.

Solche sich abschließenden Subkulturen sind jedoch kein spezifisches Problem von Ausländeragglomerationen, sondern ein generelles Problem sich sozial und kulturell abschottender Subkulturen. Solche sich abschottende Subkulturen gibt es viele, so z.B. in bestimmten religiösen Gruppen (Bsp.: Christliche Fundamentalisten ziehen eine Schulerziehung zuhause vor, um Kreationismus zu lehren). Ihre Existenz ist Teil des Rechts freier Gesellschaften auf freie Assoziation. Die Sicherung der Zukunftschancen der Kinder solcher Gruppen durch Gesetzgebung und Bildungswesen ist wegen der Rechte der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder ein bislang nicht gelöstes Problem.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns auch daran erinnern, dass wir uns freuen, wenn sich deutsche Volksgruppen im Ausland am Leben erhalten. Wir akzeptieren, dass ihr Bestand durch die Finanzierung von Auslandsschulen aus Steuergeldern gefördert wird. Viele Staaten, vor in Lateinamerika, nehmen an dieser Förderung keinen Anstoß. In Deutschland sind wir jedoch merkwürdig schizophran. Viele sehen hierzulande in Menschen, die die Sprache und Kultur ihrer Herkunft pflegen, trojanische Pferde, die die angebliche Homogenität unserer Nation gefährden – und zwar selbst dann, wenn sie gesetzestreue und loyale Bürger sind. Es sei hier an die deutschen Hugenotten erinnert, die in Deutschland noch lange ihre französische Muttersprache als Kirchensprache pflegen konnten, ohne dass dies zum Ärgernis wurde.

Politische Kommunikation der Bürger, die Grundlage der politischen Willensbildung im demokratischen Verfassungsstaat, macht eine gemeinsame Verkehrs- und Verwaltungssprache notwendig. In Deutschland ist dies die Sprache der Mehrheit, die deutsche Sprache. Niemand darf aber gezwungen werden, deutsch in seinem privaten Bereich zu sprechen. Bei dem Ärger, der von prominenten Politikern darüber geäußert wurde, dass in bestimmten Wohnvierteln deutscher Städte ausländische Gruppen untereinander nicht Deutsch, sondern ihre Herkunftssprache sprechen, ist festzuhalten, dass auch Deutsche, wenn sie so wollen, untereinander in fremden Sprachen kommunizieren dürfen. Die wirtschaftlichen Nachteile, die sich aus fehlenden oder mangelhaften Kenntnissen der Landessprache für die Zukunftschancen der nachwachsenden Generation ergeben, haben in allen Einwanderungsgesellschaften in der Generationenfolge die Übernahme der Landessprache gefördert. Wegen der negativen wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen mangelnder Kenntnisse der Landessprache im Hier und Jetzt genügt dies allein jedoch nicht. Die Verbesserung der Deutschkenntnisse muss daher als wichtige Aufgabe der Sozial- und Bildungspolitik

wahrgenommen und gefördert werden. Dies gilt vor allem für die Förderung der Sprachkenntnisse der Jugend der Zuwanderer und ihrer Frauen. In diesen Gruppen fallen langfristig die Entscheidungen über Integration. Dass gute Kenntnisse der deutschen Sprache per se aber keine besondere innere Bindung zu Staat und Gesellschaft Deutschlands verbürgen, wie manchmal bei der Forderung nach Sprachprüfungen und guten Sprachkenntnissen bei Einbürgerungen suggeriert wird, dokumentieren andere deutschsprachige Staaten. Schweizer und Österreicher werden nicht zu deutschen Patrioten, weil sie deutsch sprechen. Dies gilt sicher auch für viele andere Ausländer und sogar für Inländer. Sprachkenntnisse von Zuwanderern durch Lernzwang, z.B. durch den Entzug sozialer Leistungen, sind rechtlich fragwürdig und wenig Erfolg versprechend.

Zu Recht sind im Zuwanderungsgesetz für die Zivilintegration der Zuwanderer sprach- und politisch-gesellschaftliche Orientierungskurse vorgesehen. Damit wird anerkannt, dass eine multiethnische und multikulturelle Gesellschaft – die die Bundesrepublik längst darstellt – über die gemeinsame Sprache hinaus ein tragfähiges Mindestmaß an Gemeinsamkeit in ihren politischen und rechtlichen Ordnungen hat. Diese Arbeit ist daher sicher wichtig. Sie wird jedoch scheitern, wenn es nicht gelingt, die Akzeptanz der Zuwanderer zu verbessern.

Ich komme hier nochmals auf die Notwendigkeit der Akzeptanz der Zuwanderer durch die Mehrheitsgesellschaft zurück. Wird sie nicht erreicht, wird auch eine verbesserte soziale und sprachliche Integration nur sehr begrenzte Erfolge haben. Ein Beispiel für die möglichen Folgen fehlender Akzeptanz ist die Geschichte der jüdischen Staatsbürger Deutschlands. Ihr Patriotismus bis hin zu einem aggressiven deutschen Nationalismus wurde von der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht honoriert und endete schließlich im Holocaust.

Der Bejahung kulturellen Pluralismus' stehen in Deutschland immer noch diffuse mythische Vorstellungen einer angeblich homogenen deutschen Kultur und Volksgemeinschaft, die es nie gegeben hat, im Wege und wird nur über langwierige Lernprozesse möglich werden. Learning to live with diversity, die Bejahung und Akzeptanz kulturellen Pluralismus' werden damit zur großen Zukunftsaufgabe der Bildungspolitik und der Medien (hier gibt es durchaus positive Entwicklungen durch Gewöhnungseffekte).

Mit der kulturellen Pluralisierung der deutschen Gesellschaft durch viele Millionen Zuwanderer ursprünglich nichtdeutscher und auch außereuropäischer Herkunft ergeben sich zwingende Folgen für die Identität der Nation. Als Folge der Einwanderung muss die Nation noch weit mehr als bisher zur republikanischen Staatsbürgernation werden. Staatsbürgernationen sind Leistungsnationen. Sie müssen sich aus eigenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leistungen legitimieren und gewinnen aus ihnen ihre Identität und Würde. Daher müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Akzeptanz von Zuwanderung ganz wesentlich von der Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes abhängen wird. Auch in der Geschichte der klassischen Einwanderungsländer hat es in wirtschaftlichen Krisen und der Verknappung der Arbeitsplätze immer wieder schlimme Wellen der Ausländerfeindlichkeit gegeben.

Zur Entkrampfung des durch Xenophobie und Ablehnung gestörten Verhältnisses vieler Zuwanderer zu den Deutschen ist jedenfalls ein klares und entschlossenes, von einem breiten politischen Konsens getragenes Bekenntnis zur Öffnung für Zuwanderung wünschenswert – dass die Bundesrepublik nicht nur de facto Einwanderungsland ist, sondern ein Interesse an Einwanderern hat und sie willkommen heißt. Geboten ist dafür die längst fällige Wahrnehmung der großen Bereicherung, der Leistungen und Vitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands durch die Zuwanderer.

Die europäische Einigung benötigt politisch gefestigte Demokratien. Ihre Stabilität verlangt ein starkes Fundament breiter Beteiligung der Bürger an der Politik und die Identifikation mit „ihrer“ politischen Gemeinschaft. Zugleich wird durch eine wachsende Zahl von Neubürgern aus ursprünglich kulturell fremden Regionen die fiktive nationale Ideologie der völkisch homogenen Abstammungsnation immer weniger glaubhaft. Dies zwingt zur Aneignung des kulturellen Pluralismus des Verfassungsstaates und seines Selbstverständnisses als Staatsbürgernation. Dies ist zugleich eine essentielle Erleichterung des Abschieds vom alten völkischen Staat und für die politische Einigung Europas.

Diskussion

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Migration als Problemfall

Wie die Massenmedien zur Ethnisierung sozialer Konflikte beitragen

Migration, (unzureichende) Integration und multikulturelles Zusammenleben sind ein heftig diskutiertes Thema, das besonders in den Massenmedien hohe Wellen schlägt und die Auflagenhöhen von Zeitungen bzw. die Einschaltquoten von Rundfunksendern steigert. Es ist kaum übertrieben, wenn man feststellt, dass die Medien in der aktuellen Zuwanderungsdiskussion eine Schlüsselrolle spielen. Sie filtern nicht nur für die Meinungsbildung wichtige Informationen und beeinflussen so das Bewusstsein der Menschen, denen sich die gesellschaftliche Realität zunehmend über die Rezeption von Massenmedien erschließt, sondern konstruieren auch eine Wirklichkeit, in der die ethnische Herkunft soziale Probleme überlagert. „Ethnisierung“ ist ein sozialer Exklusionsmechanismus, der Minderheiten schafft, diese (fast immer *negativ*) etikettiert und damit Privilegien einer dominanten Mehrheit zementiert. Je mehr die Konkurrenz im Zuge der Globalisierung bzw. der Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes, etwa durch die von den Massenmedien stimulierte „Standortdebatte“, ins Zentrum zwischenstaatlicher wie -menschlicher Beziehungen rückt, desto leichter lässt sich die ethnische bzw. Kultur*differenz* politisch aufladen.

Hierbei fungieren Medien als Bindeglieder zwischen *institutionellem* (strukturellem, staatlichem), *intellektuellem* (pseudowissenschaftlichem) und *individuellem* bzw. Alltagsrassismus. Sondergesetze für und behördliche Willkürmaßnahmen gegen Migrant(inn)en, die man „institutionellen Rassismus“ nennen kann, kennen deutsche „Normalbürger/innen“ hauptsächlich aus den Massenmedien. Sie bestätigen meist eigene Klischeevorstellungen über Ausländer/innen. Umgekehrt benutzt der Staat durch Medien verbreitete Ressentiments gegenüber „den Ausländern“, um diese strukturell benachteiligen zu können. Schließlich erhalten Rechtsextremismus und Rassismus durch die Medien ein öffentliches Forum, was ihre hohe Massenwirksamkeit mit erklärt.

Medien liefern nicht nur (Zerr-)Bilder von Zuwanderern und ethnischen Minderheiten, die das Denken und Handeln der Einheimischen beeinflussen, sondern prägen auch deren Haltung im Hinblick auf die Modelle eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalität, ethnischer Herkunft und Kultur bzw. Religion,

indem sie Möglichkeiten und Grenzen der Integration ausloten und öffentliche Debatten darüber führen. Während das Konzept einer „multikulturellen Gesellschaft“ für gescheitert erklärt wurde, bezichtigte man Zuwanderer, in „Parallelgesellschaften“ zu leben. Die multikulturelle Realität der Einwanderungsgesellschaft erfährt in den Massenmedien eine oft gezielt betriebene Umdeutung zur Bedrohung oder unzumutbaren Belastung für die autochthone Bevölkerung, was in der Diskussion über die „deutsche Leitkultur“ besonders deutlich zum Ausdruck kam.

Nach dem 11. September 2001: Terrorismushysterie und Stimmungsmache gegen Muslime

Im Gefolge der Attentate auf das World Trade Center und das Pentagon feierte die Deutung der Weltpolitik als „Kampf der Kulturen“ (Samuel P. Huntington) bzw. „Krieg der Zivilisationen“ (Bassam Tibi) fröhliche Urständ. Der damalige *Zeit*-Mitherausgeber und -Chefredakteur Josef Joffe schrieb für die am 13. September 2001 erscheinende Ausgabe, welche für das Blatt ungewohnt reißerisch und mit roten Lettern „Krieg gegen die USA“ verkündete, einen Leitartikel unter dem Titel „Die Zielscheibe: unsere Zivilisation. Terror total und global“. Osama bin Laden und Al Qaida wurden zu Chiffren, welche die Feindschaft gegenüber der westlichen Zivilisation symbolisieren. Terrorismus, Fundamentalismus und Islamismus avancierten in vielen Medien zu einer gleichermaßen omnipräsenten wie -potenten Gefahr, der man gemeinsam mit US-Präsident George W. Bush in kriegerischer Manier entgegentrat, wobei sich der Einwanderungs- und der Kriminalitätsdiskurs verschränkten. Teilweise gab es sogar einen Rückfall in Zerrbilder, die während der Asyldiskussion in den frühen 90er-Jahren dominiert hatten. Hier seien nur das *stern*-Titelbild vom 27. September 2001, wo ein dunkelhäutiger Mann mit Vollbart und Sonnenbrille zu sehen ist, in deren Gläsern sich unter der Überschrift „Terror-Gefahr in Deutschland. Geheimdienste warnen vor Anschlägen radikaler Muslime“ die brennenden Türme des World Trade Center spiegeln, sowie das Titelbild eines *Spiegel special* (2/2003) zum Thema „Allahs blutiges Land. Der Islam und der Nahe Osten“ genannt, wo von verschleierten Musliminnen über einen bärtigen Fanatiker mit bluttriefendem Krummdolch bis zum flammenden Inferno über Juden alle Stereotype bedient werden.

Schleier und Kopftuch avancierten zu Symbolen für den Islamismus und seine Unterdrückung der Frau. In der kampagnenartigen Berichterstattung über „Zwangsverheiratungen“ von Mädchen und Frauen sowie „Ehrenmorde“ blieben (kultur)rassistische Untertöne gleichfalls nicht aus. Nachdem drei ihrer fünf Brüder die

Kuridin Hatun Sürücü am 7. Februar 2005 in Berlin erschossen hatten, beschäftigte das Thema nicht nur die *lokalen* Medien wochenlang. So berichtete die *Süddeutsche Zeitung* am 26. Februar 2005 unter dem Titel „In den Fängen einer türkischen Familie. Muslimische Dorfmentalität in der Berliner Moderne: Schon wieder haben türkische Männer eine Frau mit dem Tod bestraft. Die Geschichte eines brutalen Zusammenpralls der Kulturen“ darüber. Nachdem das Landgericht Berlin am 13. April 2006 den jüngsten Sohn der Familie Sürücü zu 9 Jahren und 3 Monaten Jugendstrafe verurteilt, seine beiden gleichfalls angeklagten älteren Brüder jedoch mangels Beweisen freigesprochen hatte, flammte die Debatte erneut auf. So berichtete ein „Migration: Verbrechen im Namen der Ehre“ überschriebener *Spiegel*-Artikel (v. 24.4.2006), die Forderungen nach Ausweisungen und schärferen Gesetzen würden lauter, wobei er die Stimmung durch solche Formulierungen wie „die gesamte Sippe“, „archaisch strukturierte Kurden“, „selbstgewählte Isolation“ oder „die gnadenlose Gewalt, die von jungen, meist muslimischen Migranten ausgeht“ und die Feststellung, „dass die Parallelwelt vornehmlich türkischer Einwanderer immer undurchdringlicher wird“, weiter anheizte.

Die mediale Stimmungsmache gegen jugendliche Migrant(inn)en

Im Frühjahr 2006 machten zwei Berliner Schulen in den Medien regelrecht Furore. Die von Lehrer(inne)n, Eltern und Schüler(inne)n der Weddingener Hoover-Realschule vereinbarte Deutschpflicht auf dem Schulhof und bei Klassenfahrten galt den meisten darüber berichtenden Journalist(inn)en als Musterbeispiel gelungener Integration und zivilgesellschaftlichen Engagements. Die von den Lehrer(inne)n der Neuköllner Rütli-Oberschule (Hauptschule) in einem Schreiben an die Senatsbehörde, das der Lokalpresse zugespielt wurde, aber auch in überregionalen Medien beklagte Gewalttätigkeit wurde fast ausnahmslos mit einem (zu) hohen Anteil von Jugendlichen türkischer bzw. arabischer Herkunft erklärt.

In einem Aufmacher der *Bild*-Zeitung redete der als „Deutschlands klügster Kopf“ apostrophierte Historiker Arnulf Baring am 5. April 2006 „Klartext“, als er unter dem Titel „Das läuft mit den Ausländern falsch!“ feststellte: „Multi-Kulti ist gescheitert – weil die Ausländer die deutsche Kultur neben ihrer eigenen nicht akzeptieren oder auch nur dulden wollen.“ Gefragt, wieso es „fast ausschließlich Probleme mit Türken, Arabern, Albanern und Russlanddeutschen“ gebe, antwortete Baring: „Das hat möglicherweise mit der hohen Gewaltbereitschaft in diesen Volksgruppen zu tun. Auch der politisch aufgeladene Islamismus spielt eine verhängnisvolle Rolle, man denke nur an die unerträgliche, nicht hinnehmbare Unterdrückung der Frauen.“

Am nächsten Tag behauptete dasselbe Boulevardblatt unter der Schlagzeile „Ausländer-Politik: So hat der Staat versagt“, jahrzehntelang seien Kriminalität, Arbeitslosigkeit und mangelnde Deutschkenntnisse von Ausländern tabuisiert worden: „Erst der Hilfeschrei der Lehrer aus der Berliner Rütli-Schule hat die Politik aufgeschreckt.“ Anschließend offenbarte die Zeitung ihren Leser(inne)n „7 Wahrheiten über Ausländer-Politik“, von „Bildung“ über „Kriminalität“, „Sprache“, „Kultur/Glaube“, „Sozialleistungen“ und „Ghettoisierung“ bis „Arbeitsplätze“. Die einzelnen Bereiche waren jeweils in die Sparten „Fakten“, „Problem“ und „Schaden“ untergliedert, woraus sich ein düsteres Gesamtbild der Integration ergab, das jeweils von einem „Experten“ aus Politik oder Wirtschaft kommentiert wurde. So hieß es zur Situation in deutschen Großstädten, Ausländer konzentrierten sich vielfach in bestimmten Stadtvierteln wie Berlin-Neukölln. „Dort schotten sich Ausländer verschiedener Nationalitäten (v.a. Türken und Araber) vom Rest der Bevölkerung ab – und leben oft nach ihren eigenen Gesetzen.“ Dadurch würden Deutsche und andere Ausländer verdrängt, Häuser verwahrlosten und die Kriminalität steige, weil sich selbst die Polizei manchmal nicht mehr in solche Viertel traue.

Mely Kiyak

Statement zur Podiumsdiskussion „Medien und Integration“

Wenn wir über „Medien und Integration“ sprechen, gibt es zweierlei zu unterscheiden. Erstens gilt es zu erörtern, inwiefern die Integration der Einwanderer in die bundesdeutsche Gesellschaft geglückt ist und wie angemessen die Medien darüber Bericht erstatten. Es gilt auch zu diskutieren, ob in den Medien dieses Thema zu Polarisierung oder Polemisierung benutzt wird. Was der Eine Aufklärung nennt, nennt der andere Skandalisierung. Auch und gerade dort gilt es zu verhandeln, wie ernsthaft Journalisten bemüht sind, die Wirklichkeit in allen Facetten abzubilden.

Es geht aber auch um eine Bestandsaufnahme darüber, wie viele Journalisten mit Migrationshintergrund in die Medienlandschaft integriert sind. Wie normal ist ein südländisches Gesicht im Fernsehen, daß uns jeden Abend um acht Uhr im öffentlich-rechtlichen Programm die Nachrichten liest, das Wetter erklärt oder live von der Börse berichtet? Wie oft kommt das vor?

Die Einschätzung der Medienmacher in einflussreichen Positionen lautet, daß jeden Tag über Migration und Integration gesprochen werde, und daß die Gefahr einer gewissen Übersättigung besteht. Wenn Medien ihre Aufgabe darin erfüllt sehen, ihre Dossiers mit Beispielen von missglückter Integration zu füllen, und diese dann vor dem Hintergrund Islam zu erklären versuchen, wird das auf Dauer eintönig.

Noch nie zuvor wurde über den Islam soviel berichtet, wie in den letzten Jahren, und noch nie zuvor wurde sowenig über diese Religion vermittelt. Das gleiche gilt für die Gesellschaftsgruppe der Einwanderer und ihrer nachfolgenden Generation, die zu einem Stereotyp geworden ist, von der ein jeder glaubt, sie in ganzer Bandbreite zu kennen. Bei diesem vermeintlich vollständigen Kenntnisstand besteht erst einmal kein Bedarf mehr an Informationen. Der Kritik von ausländischstämmigen Journalisten über die Unvollkommenheit der Medieninhalte, begegnet man mit dem Verweis auf Nischenradio und Nischenfernsehen, wo eigens Platz dafür geschaffen sei, anders zu berichten. Doch erst wenn die Nische ins breite Licht der Öffentlichkeit gerückt wird, ist sie in der Normalität angekommen. Es gilt die Balance herzustellen, zwischen Wirklichkeit und Abbildung. Nicht nur in der Themenvielfalt, sondern auch, wenn es um die Besetzung von Arbeitsstellen geht.

Statement zur Podiumsdiskussion „Politik im Gespräch mit Sport und Kunst“

Als kultureller Mensch verstehe ich den Ausdruck „Migration“ (in der ursprünglichen Bedeutung/Übersetzung als Wanderung) als ein Grundprinzip der Menschheit.

Wenn man die Wanderung als Bewegung bezeichnet, kommt man relativ schnell zu dem Schluss, dass die gesamte Menschheit sich nur aufgrund der Bewegung weiterentwickelt hat. Es gibt eben gewisse Prinzipien, die uns dazu bringen, weiter zu gehen. Wenn der Mensch nicht die Eigenschaft besäße, schnell und überall dem Umfeld, in dem er sich befindet, als sein Eigentum zu verstehen und sich entsprechend zu verweben und zu vernetzen, wäre er nicht in der Lage, zu lernen und daraus resultierend zu kreieren. Das Lernen, das Schöpfen sind also die Resultate dieser wunderbaren menschlichen Eigenschaft: sich zu adaptieren. Demnach visualisiert die Kunst diesen Prozess. Wir tragen die dafür notwendigen Informationen in unseren Genen. Wenn ich nur von meinem Nachnamen ausgehe und mir die Geschichte der damit verbundenen Personen, eine Kette von Individuen, die ich bis in den Mittelalter zurückverfolgen kann, anschau, so kann ich daraus ersehen, dass jede Verwurzelung mit einem Land nur dazu führte, in das nächste Land zu gehen, um dann in das nächste zu gehen... Mit jedem Wechsel wurde der Erfahrungsschatz größer und größer und konnte den folgenden Generationen immer weitergegeben werden. Ich schöpfe für mich und meinem Leben und meiner Kunst daraus. Sie sehen- so sind ganze Religionen aufgebaut und so auch die Kultur.

Ganz junge Künstler heute begeben sich mit dem Minimum ausgestattet in eine ähnliche Wanderschaft – in der Kunstszene fällt oft der Ausdruck: Nomade (engl.). Sie gestalten ihr Leben so, dass sie überall in der Lage sind zu über leben und reisen so ganz frei um die Welt. Sie verwurzeln sich mit Orten, lernen, schöpfen und gehen bereichert weiter. Mittlerweile würde ich behaupten, dass das zu einer künstlerischen Technik geworden ist. Das sind individuelle Beispiele.

Dennoch ist es sehr wichtig, dass z.B. ein Staat, der erkennt, dass er sich in einer solchen Bewegung befindet, auch einen Raum dafür schafft, das Bewusstsein seiner Einwohner für das, was gerade geschieht, zu erweitern. Meiner Meinung nach kann das nur geschehen, indem man die Liebe zum Lernen, zum Lesen und die Liebe zu Menschen intensiv fördert. Hierfür gibt es bereits in den unterschiedlichen Feldern, wie dem Sport, der Kunst, im Sozialen, sehr engagierte Projekte, die einer intensiveren Förderung bedürfen.

Migration und Medien

Den Medien kommt eine Schlüsselrolle zu, was die viel beschworene Integration angeht. Sie können Vorurteile verstärken oder abbauen helfen. Insgesamt zeichnen Medien oftmals noch ein undifferenziertes Bild der „Ausländer in Deutschland“. Die Weiterentwicklung, die in der zweiten und weiteren Generation stattgefunden hat, bleibt weitgehend unberücksichtigt. Die „Frau mit dem Kopftuch“ erscheint als Symbol für die Mehrzahl der Ausländer, sprich Türken, hierzulande. Auch das verzerrt die Wirklichkeit. Es fehlen positive oder auch „normale“ Bilder aus der Alltagswirklichkeit im Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugewanderten, auch wenn sich die Berichterstattung merklich verbessert hat. Es mangelt aber auch immer noch an grundsätzlichen Informationen und Hintergrundberichten. So wird bei Umfragen die Zahl der Ausländer in Deutschland weit überschätzt, oft sogar noch eine doppelt so hohe Anzahl angegeben, wie sie der Wirklichkeit entspricht, und das selbst von Personen, die keine Vorbehalte gegenüber Ausländern hegen. Gerade diese Überschätzung könnte aus der dramatisierten Darstellung des Ausländerthemas in den Medien resultieren.

Wenn von der weltweiten Migration in den Medien die Rede ist, steht oft das Bedrohliche im Vordergrund. „Ansturm auf die Wohlstandsfeste“, „Ansturm der Armen“, „Sturm auf Europa“ – so lauteten beispielsweise Schlagzeilen von Nachrichtenmagazinen. Bei der Begriffswahl und Sprache in den Migrationberichten haben sich Ausdrücke aus der Welt des Militärischen oder gar des Verbrechens eingeschlichen. Insgesamt besteht die Gefahr, dass die Medien das alte Feindbild „Bedrohung durch den Kommunismus“ durch ein neues, nämlich „Bedrohung durch die neue Völkerwanderung“ bzw. durch den Islam ersetzen. Viel wichtiger wäre es jedoch, wenn die Medien über die Fluchtursachen aufklären und immer wieder deutlich machen würden, dass sich das Weltflüchtlingsproblem auf der südlichen Halbkugel und nicht bei uns abspielt. Außerdem wird manchmal der Eindruck erweckt, Migranten und Flüchtlinge seien das Problem, und nicht Kriege, Konflikte und Nord-Süd-Gegensatz. Es wäre fatal, wenn Migranten und Flüchtlinge zu Sündenböcken für weltweite und innerstaatliche Probleme wie Massenarbeitslosigkeit gemacht würden.

JournalistInnen aus den Einwandererfamilien sind zwar schon längst keine Exoten mehr in der deutschen Medienlandschaft, man findet aber immer noch viel zu wenige von ihnen in Presse, Funk und Fernsehen. Dabei können sie das redaktionelle Arbeiten

bereichern, Sachverstand einbringen, die Berichterstattung erleichtern und ein neues Publikum an die Medien binden. Gerade hier müssen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, aber auch die Printmedien, ihre Bemühungen verstärken und insgesamt das "Ausländerthema" fest in der Aus- und Fortbildung verankern. Die Tatsache, dass sich die Bundesrepublik jahrzehntelang weigerte, den Tatsachen eines Einwanderungslandes ins Auge zu sehen, hat sich natürlich auch in den Medien niedergeschlagen. Nach dem Integrationsgipfel und der ersten Deutschen Islam Konferenz ist Bewegung in das Thema „Migration und Medien“ gekommen und die Chancen stehen nicht schlecht für einen besseren Beitrag für einen interkulturellen und interreligiösen Dialog in den Medien.

Interkulturelle Gärten: Eine neue soziale Bewegung

Sommer 2006: In fast 40 deutschen Städten pflanzen, ernten, lernen und feiern Menschen mit Migrationshintergrund gemeinsam mit Deutschen in Interkulturellen Gärten. An bundesweit weiteren 60 Standorten befinden sich Gartenprojekte im Aufbau. Die Frankfurter Rundschau sprach im Oktober 2005 schon von einer „neuen Graswurzelbewegung“. Stadtverwaltungen, Beratungszentren für Flüchtlinge, Kirchengemeinden und autonome Großstadtselbstversorger sind gleichermaßen inspiriert von einer Idee, die 1995 in Göttingen geboren wurde.

Dort saßen während des Bosnienkrieges Flüchtlingsfrauen im Migrationszentrum, tranken Tee, bastelten Tischschmuck und warteten auf das Ende des Krieges. Die Sozialarbeiterin des Zentrums stellte eine folgenreiche Frage: „Was vermissen Sie am meisten hier in Deutschland?“ Die Antwort war einhellig: „Unsere Gärten.“

Warum also nicht auch in Göttingen Gärten bewirtschaften? Tassew Shimeles, Göttinger Agraringenieur aus Äthiopien kam hinzu und die Idee von den „Internationalen Gärten“ war geboren. Sie wurde rasch Wirklichkeit. Eine Gruppe von drei bosnischen, zwei persischen, zwei deutschen, drei kurdischen, einer irakischen, einer äthiopischen und einer afghanischen Familie begann ein Jahr später das erste Grundstück umzugraben und zu bepflanzen.

Schnell entstand eine Vielzahl an Aktivitäten, die neben der Kultivierung des Bodens ebenfalls „Früchte“ der auch sozial produktiven Prozesse in den Gärten sind. Sprachkurse, künstlerische und handwerkliche Unternehmungen, gemeinsamer Sport, Theaterworkshops, Musik, Beratungstätigkeiten, vielfältige Angebote für Kinder, Fortbildungen in Ernährungs- und Gartenthemen, Betriebsbesichtigungen und Exkursionen strukturieren in vielen Gartenprojekten den Alltag ihrer Mitglieder, vor allem in den Wintermonaten. Besonders hervorzuheben sind die Umweltbildungsaktivitäten in den Gärten. In Göttingen z.B. wurde ein viel beachtetes und preisgekröntes interkulturelles Umweltbildungskonzept entwickelt, das auf gegenseitiger Befähigung, auf der Rekonstruktion der mitgebrachten Wissensbestände und auf innovativen Verknüpfungen beruht.

Stiftung Interkultur: Kooperationspartner der Interkulturellen Gärten

Von den Internationalen Gärten Göttingen, die heute ein anerkanntes Projekt der interkulturellen Integrationsarbeit sowie des bürgerschaftlichen Engagements sind, gehen wichtige Impulse für das Entstehen einer bereichernden kulturellen Vielfalt im

Einwanderungsland Deutschland aus. Und nicht nur von ihnen. Heute sind in dem von der Stiftung Interkultur koordinierten bundesweiten „Netzwerk Interkulturelle Gärten“ eine Vielzahl von Ansätzen zu beobachten, Partizipation zu ermöglichen, Ungleichheit auszugleichen und Kreativität zu fördern. Jedes dieser Projekte hat sein eigenes Profil, das auf die jeweiligen Bedingungen und Erfordernisse vor Ort eine Antwort bereit hält: Die einen spezialisieren sich wie Göttingen auf interkulturelle Bildungsarbeit, andere auf die therapeutische Arbeit mit traumatisierten Menschen und wieder andere auf berufliche Qualifizierung und den Aufbau von Mikro-Business.

Aufgabe der Stiftung Interkultur ist es, die in dieser Vielfalt entstehende Dynamik zu unterstützen, zu erforschen, in die Gesellschaft hinein zu kommunizieren und Schnittstellen zu deren Subsystemen herzustellen. So haben wir in einem Pilotprojekt mit der Fachhochschule Bielefeld den Austausch zwischen GärtnerInnen und StudentInnen initiiert und wollen dafür sorgen, dass der Ansatz von Eigeninitiative und Eigenarbeit in den Gärten als best practice für Ressourcenorientierung (übrigens nicht nur für MigrantInnen) in die Ausbildung von SozialarbeiterInnen einfließt. In unserem Arbeitsschwerpunkt „Wissenstransfer“ organisieren wir außerdem den Wissens- und Erfahrungsaustausch, um Bildungsdefizite mit den Kenntnissen, die die MigrantInnen selbst mitbringen, zu verringern. Gleiche lernen von Gleichen, bringen ihre Fähigkeiten ein und ergänzen sie.

Internationales Netzwerk

In den mit der Stiftung Interkultur kooperierenden Projekten zeigt sich immer wieder, dass es für die beteiligten Gärtnerinnen und Gärtner wichtig ist, nicht nur auf ihrer Parzelle Gemüse anzubauen, sondern darüber hinaus in einem internationalen Netzwerk eine Rolle zu spielen. Sie nehmen wahr, dass ihre Stimmen auch in anderen Ländern gehört werden; dass ihre Aktivitäten über den Garten hinaus Beachtung finden, und dass es viele Menschen in ihrer Situation in aller Welt gibt, die auf ähnliche Weise versuchen, wieder Boden unter den Füßen zu bekommen – und dabei anerkannte Beiträge in den Aufnahmegesellschaften zu leisten.

Hierin liegt auch die zentrale Motivation für die internationale Vernetzungsarbeit der Stiftung Interkultur. Sie steht im engen Kontakt mit Flüchtlingsnetzwerken und innovativen Stadtplanern in verschiedenen europäischen Ländern, mit der Bewegung der Community Gardens in den USA sowie mit BEN, dem „Black Environment Network“ in Großbritannien. BEN arbeitet ähnlich wie die Stiftung Interkultur an der Schnittstelle von Nachhaltigkeit und Migration. Erklärtes Ziel ist, soziale Inklusion von ethnischen

Minderheiten über die Aktivierung von Partizipations- und Aneignungsprozessen von sozialer und natürlicher Umwelt zu erreichen.

Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für die Zukunft der Städte

Solche Inklusionsprozesse werden in Zukunft von wachsender Bedeutung sein, gerade auch für das Zusammenleben in Städten, die zur Hauptbühne der Einwanderungsgesellschaft geworden sind. In Großstädten verdichten sich die weltweiten Migrationsbewegungen; sie sind Anziehungspunkte für Menschen mit Migrationshintergrund. Deshalb müsste eines ihrer charakteristischen Merkmale ein hohes Maß an integrativer sozialer Durchmischung sein, was sich in einer gleichmäßigen Verteilung der verschiedenen sozialen Milieus in den unterschiedlichen Stadtvierteln spiegeln würde. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Stattdessen sind in deutschen und anderen europäischen Großstädten fortschreitende Segregationsprozesse zu beobachten. Zuwanderer leben gemeinsam mit anderen sozial unterprivilegierten Schichten mehrheitlich in Stadtvierteln mit niedrigen Mieten, unteren bis mittleren Wohnqualitäten und schlechteren infrastrukturellen und –Versorgungsleistungen. Als zentrale Ursache für diese räumliche Aufteilung der Stadt lässt sich der Faktor „soziale Ungleichheit“ identifizieren, der durch räumliche Segregation häufig noch verstärkt wird.

Das Phänomen der sozialen und ethnischen Segregation wird unterschiedlich bewertet, jedoch fast immer auch als Hinweis auf gesellschaftliche Integration bzw. Desintegration verstanden. Zunehmend kommt in der stadtsoziologischen und –politischen Debatte nun auch die Frage auf, ob die Zukunft der europäischen Großstädte durch eine den US-Metropolen vergleichbare Entwicklung gekennzeichnet sein wird.

Wie diese Zukunft tatsächlich aussehen wird, hängt auch von heute noch möglichen Weichenstellungen ab. Können gemeinwesenorientierte Mischnutzungskonzepte der Segregation sowie der Kommerzialisierung und Entfunktionalisierung des öffentlichen Raums und einer damit wachsenden sozial-kulturellen Verwahrlosung entgegenwirken? Innovative Antworten sind gefragt, und Interkulturelle Gärten könnten dabei eine wichtige Rolle spielen. Hier findet eine markante Aneignung kommunalen Bodens durch Akteure statt, die in der öffentlichen Wahrnehmung eher am Rande stehen, deren Wissensbestände aber höchst fruchtbar gemacht werden könnten für eine zukunftsfähige Gestaltung plurikultureller urbaner Räume. Zahlreiche Beispiele – auch und gerade aus Megacities wie New York oder London – zeigen die Integrationspotenziale dieser „Community Gardens“ und unterstreichen ihre wachsende Bedeutung.

Exklusion beginnt bei den Flüchtlingen

Partizipationsmöglichkeiten sind nicht nur zentraler Faktor einer friedlichen Zukunft in pluralen Gesellschaften, sondern immer auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die Geschichte der neuen Exklusion beginnt für Heribert Prantl, Chef des Ressorts Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung, „...bei und mit den Flüchtlingen, das Asyl-, das Flüchtlings- und Ausländerrecht war und ist ihr Exerzierfeld, dort wurden Rechtsverkürzung, Leistungsverkürzung, Ausgrenzung erstmals ausprobiert und praktiziert. Bei den Flüchtlingen wurde die Politik der Entsolidarisierung eingeübt, Opfer waren die Schwächsten der Schwachen. Seitdem folgen die anderen Schwachen.“ (Prantl 2005:154)

Den politischen Zusammenhang, den Prantl hier in seinem jüngsten Buch¹ herstellt, ist einer von Ausschluss und Marginalisierung von immer mehr Menschen. Prantl analysiert die Ausländer- und Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland als eine, die Abschreckungseffekte produziert anstatt offensive Sozialpolitik zu sein. Diese Politik werde eben nicht für die Zuwanderer gemacht, sondern für die deutschen Wähler. Diese waren und sind laut Prantl die Adressaten der Ausländerpolitik, nicht etwa die Migranten selbst (vgl. ebd.:180).

In diesem Zusammenhang erklärt sich auch die erbärmliche Behandlung von Asylbewerbern, die in Wohncontainer kaserniert und mit Lebensmittelpaketen „versorgt“ werden. Der Jurist Prantl beklagt, dass etwa eine Baby-Erstausrüstung nur deutsche Sozialhilfeempfängerinnen erhalten, nicht jedoch Flüchtlingsfrauen: „Das gehört bei ihnen nicht zum Existenzminimum. Das Existenzminimum steht also unter Finanzierungsvorbehalt, unter Abschreckungsvorbehalt und unter Nationalitätensvorbehalt – das Minimum kann offensichtlich immer weiter minimiert werden.“ (ebd.:158)

Vor diesem politischen Hintergrund kann die Bedeutung eines auf Selbstbestimmung, Selbstaneignung und Eigenversorgung zielenden Projekts wie den Interkulturellen Gärten nicht hoch genug eingeschätzt werden. Trotzdem sind Interkulturelle Gärten natürlich keine Patentlösung für Desintegrationsprobleme in modernen Einwanderungsgesellschaften. Selbsthilfe allein vermag nicht originäre Aufgaben des Staates wie die Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit zu substituieren. Dennoch gelten Interkulturelle Gärten schon heute als richtungsweisend, was die in ihnen konsequent angewandte Methodik des Empowerment und der Ressourcenorientierung betrifft. Damit ließen sich auch in anderen Kontexten Integrationseffekte erzielen. Diese Herangehensweise birgt erhebliche Demokratisierungspotenziale von unten, die für eine

¹ Heribert Prantl: Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit. Droemer Verlag: München 2005

zukunftsfähige Stadtentwicklung von unschätzbare Bedeutung sein werden. Die Förderung von Interkulturellen Gärten und anderen Initiativen zur Erhaltung und Gestaltung eigenproduktiver, gemeinwesenorientierter öffentlicher Räume, wie sie heute schon von vielen Großstädten betrieben wird, ist eine wertvolle Investition in die friedliche Zukunft eines pluralen Miteinanders.

Zum Weiterlesen:

Christa Müller: Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse, München 2002, ökom Verlag, 176 Seiten mit Fototeil.

Vorstellung der Integrationsprojekte der Info-Börse

Die Vorstellung der im Rahmen der Informations-Börse präsentierten Projekte erfolgt anhand von Texten, welche die jeweiligen Organisationen eingereicht haben. Ergänzend wurde auf weitere Informationsquellen zurückgegriffen wie Broschüren oder die www-sites der Projekte und Organisationen.

Centrum für Migration und Bildung e.V. (CMB)

Wir wollen erreichen,

- dass die Öffentlichkeit für die Situation - vor allem für die psychosoziale Versorgung von Migrantinnen und Migranten in Mainz - sensibilisiert wird,
- dass qualifizierte Migrantinnen und Migranten in allen wichtigen Einrichtungen beschäftigt werden,
- dass die interkulturelle Kompetenz der Regeleinrichtungen erweitert wird,
- dass in der Prävention die Familienbildungsarbeit, die kulturelle Arbeit mit Jugendlichen, die Angebote der Schülerförderung sowie die Erziehungs- und Familienberatung verstärkt werden,
- dass die gesundheitliche und psychosoziale Versorgung von Migrantinnen und Migranten insgesamt verbessert wird.

Unser Angebot ist umfassend:

Förderung psychosozialer Infrastruktur

- durch Aufbau und Unterstützung von Netzwerken bzw. Sensibilisierung von vorhandenen Strukturen
- Schulung von Migrantinnen und Migranten als Multiplikatoren
- Vermittlung der gesellschaftlichen Herausforderungen der Migration
- Unterstützung interkultureller Öffnung von Einrichtungen und Betrieben
- Entwicklung von Konzeptionen und pädagogischen Materialien

Vermittlung interkultureller Kompetenzen am Arbeitsplatz z.B. in den Bereichen

- Gesundheitswesen, ein konkretes Fortbildungsangebot zum Thema Migration und seelische Gesundheit
- Pflege
- Verwaltung
- Soziale Arbeit

Erweiterung persönlicher Kapazitäten

- Seminare zu Bikulturalität und binationalen Partnerschaften
- Mediation
- Kommunikationstraining

Beratung und Therapie

- Einzel- und Familienberatung
- Lebens- und Erziehungsberatung
- Verhaltenstherapie; Kinder- und Jugendtherapie
- Entspannungs- und Motivationstraining

Weitere Informationen:

<http://www.cmb-mainz.de>

Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Mainz (FUMI)

Angelehnt an das Modell der Essener Stiftung Mercator hat die Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz für den Standort Mainz das beispielhafte Projekt „FUMI“ initiiert. Mit diesem Konzept ist das Projekt Teil des bundesweiten Förderunterricht-Programms der Stiftung Mercator.

FUMI richtet sich an Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund der Klassenstufen fünf bis zehn in verschiedenen Schulformen. Neben der Regelförderung in Deutsch bestehen Angebote, in denen die sprachlichen und fachlichen Fähigkeiten der Schülerinnen u.a. im Rahmen künstlerischer Aktivitäten verbessert werden.

Seit September 2005 werden die SchülerInnen jeweils vier Stunden pro Woche in Kleingruppen gezielt gefördert. Der Unterricht erfolgt nach Schulschluss in den Räumlichkeiten der beteiligten Projektschulen: Goethe Hauptschule, Schiller Hauptschule, IGS Anna Seghers und Frauenlobgymnasium.

Die Studierenden, die den Förderunterricht erteilen, werden für ihre Tätigkeit neben regelmäßigen Coachings mit Lehrer/Innen der jeweiligen Schulen durch das Pädagogische Institut der Universität Mainz fachlich betreut. Zudem können die Studierenden im Rahmen von Praxis-Workshops ihre sozialen Kompetenzen, z.B. im Umgang mit Konflikten, erweitern.

Die Durchführung des Projektes in Mainz erfolgt in enger Kooperation zwischen der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz, dem Pädagogischen Institut der Universität Mainz, der Kinderhilfsorganisation Human Help Network e.V., der Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz.

Weitere Informationen:

<http://www.boell-rlp.de/FuMi>

Informations- und Beratungszentrum für Migrantinnen und Migranten (InBeZ)

Die Entwicklungspartnerschaft InBeZ wird im Rahmen der Europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL finanziert: das Bundesministerium für Arbeit und Soziales stellt die nationalen Kofinanzierungsmittel bereit, die übrigen Mittel kommen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Die Nationale und Transnationale Koordination von InBeZ liegt beim ism e.V. – Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz.

Das Informations- und Beratungszentrum für Migrantinnen und Migranten (InBeZ) Mainz setzt sich aus vier Teilprojekten zusammen, die passgenaue Modelle der Ansprache, der Information, der Beratung, der Qualifizierung und der Vermittlung in den Arbeitsmarkt entwickeln und erproben sowie lokale Arbeitsmarktakteure miteinander vernetzen.

Die vier Mainzer Teilprojekte:

- „Optimierung der Beratung von MigrantInnen“ der ArbeitsMarktAgentur Mainz (AMA),
- „Kompetenzfeststellung“ des Christlichen Jugenddorfwerks Deutschland e.V. Mainz,
- „Maßnahmenoptimierung“ der SPAZ gGmbH,
- „Integration, Arbeit, Partizipation“ der AGARP (Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz)

kooperieren miteinander, um Migrantinnen und Migranten Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu verschaffen. Dies soll durch individuelle Förderung ihrer Beschäftigungsfähigkeit, durch das Schließen von Lücken im bestehenden Beratungs- und Qualifizierungsangebot und durch Veränderung struktureller Rahmenbedingungen erreicht werden. InBeZ Mainz arbeitet mit der Agentur für Arbeit, den ARGEN, der Kommune, Unternehmen, Kammern, Migranten-Selbst-Organisationen und Trägern eng zusammen.

Weitere Informationen:

<http://www.inbez.de/>

<http://www.inbez.de/regionen/mainz/>

<http://www.ism-mainz.de>

InPact

InPact ist ein Rheinland-Pfalz-weit agierendes Projekt, das sich die Sensibilisierung, Information und Weiterbildung von Multiplikatoren, Fachkräften und anderen Akteuren aus den Bereichen Arbeit, berufliche Bildung und Migrationspolitik zur Aufgabe gesetzt hat. Durch unsere Angebote und Aktivitäten wollen wir die Partizipation von Migrantinnen und Migranten an gesellschaftlichen Planungsprozessen im Bereich der Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik unterstützen und verbessern. Gleichzeitig wollen wir Betriebe, Verwaltungen und andere Beschäftigungsträger für die Potenziale von Migrantinnen und Migranten sensibilisieren und möglichst nachhaltige strukturelle Veränderungen im Hinblick auf Gleichstellung erzielen. Zudem möchten wir die interessierte Öffentlichkeit über aktuelle Themen zu Migration und Arbeit informieren und für Chancengleichheit werben.

InPact ist seit Ende 2001 auf vielfältige Weise in den o.g. Bereichen aktiv. Einige Beispiele aus der Projektarbeit:

- Teilprojekt InDica: InPact lässt Multiplikator/innen mit Migrationshintergrund fortbilden in den Themenbereichen Schulsystem, Wege in den Beruf, Elternrechte und -pflichten, mehrsprachige Erziehung u.a. Diese Multiplikator/innen führen in Eigenregie in Vereinen, religiösen Gemeinden, Frauengruppen und Schulen Elterninformationsveranstaltungen in ihrer jeweiligen Muttersprache durch. Auf diese Weise konnten bisher an fünf Standorten in Rheinland-Pfalz über hundert Multiplikatoren ausgebildet werden, die ihr Wissen an mehr als tausend Teilnehmer/innen weitergegeben haben.
- Schwerpunkt Vielfalt als Chance für Betriebe, Organisationen und Kommunen: InPact wirbt bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern für die Zukunftschancen einer „Personalpolitik der Vielfalt“. Aus fruchtbaren Kontakten zu Betrieben ist die Broschüre „Unternehmen Migration“ entstanden, in der in aufwändiger und ansprechender Form Menschen und Unternehmen vorgestellt werden, für die Vielfalt zur Selbstverständlichkeit geworden und als Chance genutzt wird.
- In einem langfristigen Prozess berät InPact die Stadt Koblenz bei der Entwicklung eines umfassenden Integrationskonzepts.

Weitere Informationen:

<http://www.inpact-rlp.de>

Institut zur Förderung von Bildung und Integration (INBI)

INBI ist eine interkulturell ausgerichtete Bildungseinrichtung in Mainz. Das übergreifende Ziel des Instituts ist die soziale, politische und rechtliche Gleichstellung von Inländern und Ausländern, Frauen und Männern. (Berufliche) Bildung und Integration von sozial benachteiligten Menschen, insbesondere von MigrantInnen, ist unser selbst gewählter trägerspezifischer Auftrag.

Hierzu verfolgt das Institut einen ganzheitlichen, lösungs- und ressourcenorientierten sowie praxisbezogenen Entwicklungs-, Förderungs- und Bildungsansatz. Unsere Bildungs- und Integrationsangebote dienen dem Erreichen von Chancengleichheit für unsere Zielgruppe, die auf dem Arbeitsmarkt deutlich benachteiligt sind, was sich in wesentlich schlechteren Chancen ausdrückt, ein angemessenes Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsverhältnis zu finden. Unsere Vision einer gleichberechtigten Gesellschaft wird in der Durchführung unserer Bildungs- und Integrationsmaßnahmen über Förderung von Partizipation und Selbstständigkeit vermittelt. Unser interkulturell zusammengesetztes Personal zeichnet sich im Umgang mit den TeilnehmerInnen durch fachliches Know-How, Offenheit, Empathie, Transparenz und Klarheit aus.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist für uns die interkulturelle Ausrichtung des Teams, die Interdisziplinarität der Professionen sowie die interkulturelle Kompetenzentwicklung unserer MitarbeiterInnen. Vor dem Hintergrund ganzheitlichen und handlungsorientierten Lernens sowie einem Kompetenz- statt Defizitansatzes bemisst sich gelungenes Lernen zum einen an dem aktiven Erwerb von Qualifikationsprofilen, die den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Rechnung tragen; unerlässlich ist dabei andererseits der Erwerb von Schlüsselqualifikationen, die für unsere Arbeit zentral sind: – soziale und interkulturelle Kompetenz – selbstständige Orientierung – allgemeine und politische Bildung – Selbstlernfähigkeit – Konfliktbewältigungsstrategien – Vergrößerung des Verhaltensrepertoires – Entwicklung angemessener Kommunikationsstrategien – Bewusstsein für eigene Fähigkeiten – Selbstbewusstsein – Stabilisierung und Entwicklung der Persönlichkeit – Kooperations- und Teamfähigkeit.

Weitere Informationen:

<http://www.inbi-mainz.de>

RAT / Schneider-Organisationsberatung

Rheinland-Pfälzische Beratungsstelle

Arbeitsmarktintegration Benachteiligter

Technische Hilfe zum Europäischen Sozialfonds

Mit RAT unterhält die Schneider Organisationsberatung seit 1992 eine landesweite Beratungsstelle, die ein Angebot für alle Arbeitsmarktakteure in Rheinland-Pfalz vorhält. Ziel der Beratungsstelle ist es, die kompetente und fachgerechte Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Ziele in Rheinland-Pfalz zu gewährleisten und auf diese Weise einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Beschäftigungsförderung zu leisten.

Die Beratung erfolgt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit (MASFG). Die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen dem Land und RAT bildet ein Vertrag, in dem u.a. folgende Aufgaben festgelegt sind:

- Die Landesweite Beratung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten
- Die Technische Hilfe zur Durchführung des Europäischen Sozialfonds (ESF)
- Die Information und Beratung von Projektträgern und Integrationsfirmen über die Fördermöglichkeiten bei der Einstellung von Schwerbehinderten im Land
- Die Beratung und Unterstützung der Auftraggeber bei der Entwicklung und Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Programme in Rheinland-Pfalz

Weitere Informationen:

<http://www.schneider-beratung.de>

Schader-Stiftung

Die Schader-Stiftung ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Darmstadt. Sie finanziert ihre Fördertätigkeit aus den Erträgen des von Alois M. Schader gestifteten Privatvermögens. Zweck der Stiftung ist die Förderung der Gesellschaftswissenschaften. Die Stiftung will die Kommunikation und Kooperation zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis sowie die Praxisorientierung in den Gesellschaftswissenschaften fördern.

Die Schader-Stiftung fördert die Kommunikation und Kooperation zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis - etwa durch die Veranstaltung von Tagungen und Kolloquien sowie deren Dokumentation - und macht sie dem interessierten Publikum zugänglich. Der Förderschwerpunkt der Schader-Stiftung liegt im Lebensbereich „Wohnen“; hierin eingeschlossen sind alle zugehörigen Aspekte, etwa der Städtebau oder die Stadtsoziologie. Die Schader-Stiftung arbeitet operativ, verwendet ihre Mittel also in selbst konzipierten Förderprojekten. Sie führt ihre Projekte bevorzugt mit Kooperationspartnern durch. Die Projekte der Schader-Stiftung entwickelt der Vorstand nach vom Kuratorium beschlossenen Fördergrundsätzen und dem von ihm verabschiedeten Jahreshaushalt. Die Projektarbeit leisten die Mitarbeiter der Stiftungsgeschäftsstelle.

Auszug aus den Projekten der Stiftung:

- Jährliche Verleihung des Schader-Preises (seit 1994)
- Wohnen im Alter
- Stadtumbau Ost/Schrumpfende Städte
- Sozialräumliche Integration von Zuwandern
- Soziale Stadt
- Wohnungspolitik/Wohnungsversorgung

Weitere Informationen:

<http://www.schader-stiftung.de>

Tür-an-Tür Integrationsprojekt gGmbH

Tür an Tür - miteinander wohnen und leben e.V. wurde im Mai 1992 gegründet, um in einer schwierigen gesellschaftlichen Situation - damals brannten die ersten Asyl-Unterkünfte - für Flüchtlinge positive Impulse zu setzen. "Tür an Tür" setzt sich für mehr Rechte und Chancen von Zuwanderern ein. Wir wollen in der Öffentlichkeit mit Projekten und Aktionen Interesse wecken und über die Situation von Flüchtlingen informieren. Ziel ist eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas und der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Mit konkreten Projekten fördern wir modellhaft Integration und gegenseitiges Verständnis.

Tür an Tür – Integrationsprojekte gGmbH setzt mit dem Projekt "Qualifizierung und Integration für Flüchtlinge (QuIF)" die seit 2002 selbst entwickelte Integrationsarbeit fort und qualifiziert gemeinsam mit den Partnern "Integration durch Sprache e.V." (IdS) und der "Handwerkskammer für Schwaben" Flüchtlinge. QuIF ist ein Teilprojekt der Süddeutschen Entwicklungspartnerschaft Asyl (SEPA) im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL. Gefördert wird das Projekt vom Europäischen Sozialfonds und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Neben dem Erwerb der deutschen Sprache sind Schwerpunkte soziale und berufliche Orientierung, EDV-Grundlagen, handwerkliche Grundqualifizierung und Qualifizierung im Hotel- und Gaststättengewerbe. Freiwillige MitarbeiterInnen sind in das QuIF-Projekt integriert und unterstützen die TeilnehmerInnen.

Weitere Informationen:

<http://www.tuerantuer.kreativkombinat.de/>

Liste der Aussteller

Centrum für Migration und Bildung e.V. (CMB)

Kaiser-Wilhelm-Ring 42
55118 Mainz
Tel: 06131 - 6007259
Fax: 06131 - 921645
E-Mail: kontakt@cmb-mainz.de

Heinrich-Böll-Stiftung

Projekt FUMI (Förderunterricht für Jugendliche mit Migrationshintergrund)

Kontakt: Katja Stöhr
Martinsstraße 2
55116 Mainz
Tel: 06131 - 905260
E-Mail: FUMI@boell-rlp.de

Informations- und Beratungszentrum für Migrantinnen und Migranten (InBeZ)

c/o Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.
Augustinerstraße 64-66
55116 Mainz
Tel: 06131 - 32 84 88
Fax: 06131 - 32 84 89
E-Mail: ism-mainz@t-online.de

Institut zur Förderung von Bildung und Integration (INBI)

Wallaustraße 113
55118 Mainz
Tel: 06131 - 61 72 9
Fax: 06131 - 61 72 99
E-Mail: inbi.mainz@gmx.de

Schader-Stiftung

Karlstraße 85
64285 Darmstadt
Tel: 06151 - 1759-0
Fax: 06151 - 1759-25
E-Mail: kontakt@schader-stiftung.de

Schneider Organisationsberatung *(Betreute Projekte u.a. InPact, Rheinland-Pfälzische Beratungsstelle RAT)*

Fischtorstr. 12
55116 Mainz
Tel: 06131 - 28767-0
E-Mail: info@inpact-rlp.de

Stiftung Interkultur / Interkulturelle Gärten Bad Kreuznach e.V.

Dr. Christa Müller (Geschäftsführerin)

Stiftung Interkultur

Daiserstraße 15, Rgb.

81371 München

Tel: 089 - 74 74 60-22

Fax: 089 - 74 74 60-30

E-Mail: mueller@stiftung-interkultur.de

Interkulturelle Gärten Bad Kreuznach e.V.

Leonore Knoche

Ringstr. 57

55543 Bad Kreuznach

Tür-an-Tür e.V. Integrationsprojekt

Schießgrabenstraße 14

86150 Augsburg

Tel: 0821 - 90799-0

Fax: 0821 - 90799-11

E-Mail: integrationsprojekte@tuerantuer.de

Liste der Referentinnen und Referenten

Ebru Shikh Ahmad

Sportlerin, Integrationsbotschafterin des Deutschen Olympischen Sportbunds

Dr. Richard Auernheimer

Staatssekretär Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen;
Beauftragter der Landesregierung für Migration und Integration
Bauhofstr. 9
55116 Mainz

Karl Peter Bruch

Minister des Inneren und für Sport
Schillerplatz
55116 Mainz

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Universität zu Köln, Seminar für Sozialwissenschaften
Gronewaldstr. 2
50931 Köln

Senay Duzcu

Stand-up-Comedian

Mely Kiyak

Freie Journalistin

Ismet Koyun

Geschäftsführer
Kobil Systems GmbH
Pfortenring 11
67547 Worms

Fritz Krieg

Leiter der Ausbildung
BASF Aktiengesellschaft
GPB/A - N 960
67056 Ludwigshafen

Pili Madariaga

Malerin

Karl-Heinz Meier-Braun

Ausländerbeauftragter des SWR
SWR International
70150 Stuttgart

Dr. Christa Müller

Geschäftsführung Stiftung Interkultur
Daiserstraße 15
81371 München

Jens Nieth

DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Leiter des Kompetenzzentrums Integration
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf

Prof. Dr. Dieter Oberndörfer

Arnold Bergstraesser Institut e.V.
Windaustraße 16
79110 Freiburg

Impressum

Redaktionelle Bearbeitung:

Gunnar Will

Friedrich-Ebert-Stiftung, Mainz

Verantwortlich:

Stephanie Hepper

Friedrich-Ebert-Stiftung

Regionalbüro Mainz (Rheinland-Pfalz / Saarland)

Große Bleiche 18-20

55116 Mainz

Tel: 06131 - 96067-12

Fax: 06131 - 96067-66

E-Mail: Stephanie.Hepper@fes.de